

# Staatlosigkeit der BRD-Bewohner !!!

## Ursache und Lösung der Massenversklavung

Das ist eine wichtige Meldung der Kommission 146

Mit der Verordnung vom 05.02.1934 NS-Status R=StAG wurde das gleichgeschaltete deutsche Volk besiegt und Deutschland in eine Kolonie verwandelt.

Durch Beseitigung der NS-Gesetzgebung Status § 1 (2)

unmittelbare Reichsangehörigkeit **R = StAG** deutsche Staatsangehörigkeit

hat der einfache Bundesgesetzgeber der BRD seinen Personalbestand am 01.01.2000 in die Staatlosigkeit (Genozid Massenversklavung) entlassen.

Die westliche Militärregierung hatte 1946 die deutsche Kolonieangehörigkeit R=StAG nicht ausgerottet und ihre Gültigkeit weiterbefohlen. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit (= deutsche Staatsangehörigkeit) war aus der Gleichschaltung nach dem Waffenstillstand II. Weltkrieg als Begriff verbrannt und verboten.

Der Faschist Dr. B. Lösener hat im Heft Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht den NS-Status R=StAG auf Seite 17 komplett bestätigt.

Die deutsche Staatsangehörigkeit (= unim. Reichsangehörigkeit) aus der Gleichschaltungs-Verordnung R=StAG war den rechtsunkundigen Befehlsempfängern in der geteilten Kolonie Deutschland nicht bekannt. Der Faschismus war in der deutschen Staatsangehörigkeit = (unim. Reichsangehörigkeit) gut getarnt. Durch Anordnung der westlichen Militärregierung (Amtsblatt 1946) blieb die deutsche Staatsangehörigkeit (= unmittelbare Reichsangehörigkeit) als Zwangsangehörigkeit weiterhin gültig.

Reisepässe und Ausweise wurden ab 1934 mit dem Begriff Deutsch oder **Deutsches Reich** ausgestellt. Die beiden Bezeichnungen sind eine Nicht-Staatsangehörigkeit und Glaubhaftmachung aus dem Faschismus. Personalausweise und Reisepässe werden bis heute von der BRD mit der Nazi-Waffe Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ ausgestellt.

Staatsangehörigkeits-Urkunden mit der Bezeichnung Deutsch / **DR** wurden nie verliehen.

NS-Gesetze werden auch nach der Entnazifizierung in der BRD weiter angewendet. Damit werden Besatzungsaufgaben der Siegermächte nach dem gültigen Artikel 139 aus dem Grundgesetz ständig verletzt.

Der BRD-Geschäftsbetrieb wird nach dem Staatsstreich vom 1.1.2000 aufrechterhalten und täuscht die Vertragspartner der Siegermächte, Nato und der Europäischen Union mit der **Glaubhaftmachung** „deutsche Staatsangehörigkeit“.

Die rechtsunkundigen BRD-Befehlsempfänger leben in diesem Zustand ahnungslos und staatlos. Der Genozid an über 80 Millionen Menschen ist ein Fall für den Int. Militärgerichtshof.

Der angekündigte Krieg in 2014 soll die Massenversklavten in der BRD nach Plan entsorgen.

Die BRD-Staatlosigkeit verschmolz sich am 01.01.2000 automatisch mit der EU Staatlosigkeit (Unionsbürgerschaft). Der Faschismus hat den beseitigten Status R=StAG verlassen und befindet sich jetzt in der doppelten Staatlosigkeit der BRD / EU. Die BRD hat damit ihre Mitgliedschaft in der EU verloren. Die BRD besitzt seit 2000 die Unmittelbare Unionsbürgerschaft. Der Faschismus aus dem III. Reich beherrscht jetzt die Europäische Union und erobert wieder Europa.

Sobald die deutsche Staatsangehörigkeit nach Gesetz geprüft werden soll, erstarren die BRD-Behörden in Agonie und Ignoranz. Nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit wird die Prüfung nach Artikel 12 von den Verwaltungen und den Gerichten verweigert.

Die Staatlosigkeit wurde von den BRD-Organen nach Plan vollzogen und die Statusbeseitigung wurde am 01.01.2000 vom einfachen Bundesgesetzgeber stillschweigend durchgeführt.

Verschiedene Artikel der Haager Landkriegsordnung wurden durch Staatlosigkeit, Plünderung usw. verletzt. Die HLKO ist ein Teil des Völkerrechts. Der ICC in DEN HAAG ist für Staatlose nicht zuständig und kann für Verbrechen vor 2002 nicht tätig werden.

Das gleichgeschaltete deutsche Volk und 20 Mio. Eingebürgerte sind komplett im Genozid untergegangen. Mit Beseitigung der deutschen Staatsangehörigkeit (= unmittelbare Reichsangehörigkeit) sind über 80 Millionen Menschen dem Völkermord ausgesetzt.

Die Besatzer stehen in der Pflicht, den Zustand der Staatlosigkeit zu beseitigen. Der Zustand wurde 2013 den westlichen Besatzungsmächten bekanntgegeben und nicht erwidert.

Die Hohe Kommission der ehemaligen Sowjetunion, jetzt Russische Föderation, wurde 2012 und 2013 von der Kommission 146 über die Staatlosigkeit der BRD in Kenntnis gesetzt. Die kriegerischen Konflikte in der Ukraine haben die Kommission 146 erneut veranlasst, die BRD-Staatlosigkeit jetzt vor dem Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation einzureichen.

Immer mehr Betroffene begreifen durch Aufklärung ihre Staatlosigkeit und setzen mit der URKUNDE 146 das Signal an die Hohe Kommission der ehemaligen Sowjetunion, um den Genozid der BRD zu beenden. Die Russische Föderation kann die Staatlosigkeit bei den Besatzungsmächten anzeigen und den gebrochenen 2+4 Vertrag für ungültig erklären.

Der geheime Staatsstreich der Faschisten ist nach vorhandenen Gesetzen offenkundig.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte Ende 2013, das Jahr 2014 wäre von der Situation her wie der Beginn des Kriegsjahres 1914. A. Merkel ist keine Hellseherin, sondern die Tochter vom Naci Hitler und führt den Zweiten Weltkrieg gegen Rußland weiter.

Der Faschist Jean-Claude Juncker erklärte am 08.01.2013, das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten und kündigte damit den geplanten Krieg in Europa für 2014 an.

Nähere Informationen zur Staatlosigkeit der BRD sind auf folgendem Link zu finden:

[www.operation146.de/presentationen.html](http://www.operation146.de/presentationen.html)

Die Präsentationen erklären die juristische Situation der BRD-Staatlosigkeit.

Die Verfassung von 1919 stattet die Völker Deutschlands wieder mit Rechten aus. Die 1919 Verfassung versetzt Deutschland in die Souveränität, Friedensverträge mit den Siegermächten und Feindstaaten zu schließen. Das Ziel „Manifestation für den Weltfrieden“ ist dann erreicht, wenn der Waffenstillstand II. WK durch Friedensverträge mit den Siegermächten und den Feindstaaten beendet wird.

Die URKUNDE 146 setzt das Signal an die Hohe Hand und zeigt den entgegengesetzten Willen der Betroffenen: Befreiung Deutschlands, Heimatangehörigkeit Deutschland nach Besatzungsvorgaben und den Weltfrieden wieder herstellen.

Die Duma der Russischen Föderation reagiert auf den Faschismus mit strengen Auflagen und hohen Strafen. Damit ist die deutsch russische Freundschaft gemeinsam im Kampf gegen die Nacis, den Faschismus und den Informationskrieg der westlichen Medien gestärkt.

Die Kommission 146 bedankt sich bei der Russischen Föderation und ihrem Präsidenten Putin für das rechtliche Gehör der Staatlosen im besetzten Deutschland.

